

Finnland

Pia Alilonttinen

Finnland ratifizierte den Vertrag von Lissabon am 6. Juni 2008.¹ Dank der 2006 umfassend geführten Diskussion um den Verfassungsvertrag verlief die Diskussion diesmal kurz. Nur die finnische Besonderheit der nationalen Agrarsubventionen erhielt einige Aufmerksamkeit. Letzten Herbst verhandelte Finnland das Übergangsprogramm zur Unterstützung der Landwirte Südfinnlands (Artikel 141 des Beitrittvertrags). Nach diesen Verhandlungen wurde die Regierung von der Öffentlichkeit und den Medien beschuldigt, eine wichtige Schlacht verloren zu haben. Am Ende forderte die größte Oppositionspartei und die nationalistischen Wahren Finnen, dass diese Verhandlungen mit dem Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon verknüpft werden sollten.² Doch diese Vorstellung konnte sich nicht durchsetzen und der Vertrag wurde im Juni mit nur 27 Gegenstimmen vom Parlament ratifiziert.

Das irische Referendum fand eine Woche nach der finnischen Ratifikation statt. Offiziell wurde das Nein mit großem Bedauern aufgenommen. Der Ministerpräsident äußerte sich dahingehend, dass die Iren den anderen Mitgliedstaaten damit große Probleme bereiten, es aber wichtig sei, dass die anderen unverdrossen den Ratifikationsprozess fortsetzen würden.³ Auch der pro-europäische Außenminister Alexander Stubb brachte seine Enttäuschung zum Ausdruck, betonte aber ebenso sein Zutrauen in die Fähigkeit der Union, eine kreative Lösung für die gegenwärtige Hängepartie zu finden. Stubb vertrat die Ansicht, dass dies ein Moment der Selbstbesinnung für die EU sein sollte, deren Handeln zu einem nicht enden wollenden Krisenmanagement geworden sei.⁴ Der Erweiterungskommissar Olli Rehn – ein Finne – beteiligte sich an der Diskussion mit der Bemerkung, dass es nun in der Verantwortung aller Mitgliedstaaten liegen würde, eine situationsgerechte Lösung zu finden.⁵

Der Hauptprotagonist des Landes in Sachen Europaskepsis, der Abgeordnete und Führer der populistischen Wahren Finnen Timo Soini, labte sich an dem Votum und argumentierte, dass überall dort, wo das Volk über die EU abstimmen darf, das Ergebnis das gleiche sei, es aber nur sehr geringe Anzeichen dafür gebe, dass die Elite in Brüssel etwas dazulernen würde. Für ihn resultierte der Versuch, erneut ein „zu 99 Prozent mit dem Verfassungsvertrag identisches Produkt“ zu verkaufen, in einer bitteren Niederlage der Union. Das irische Ergebnis, so Soini, habe er zum Anlass genommen, sich einen Krug Guinness auf das Wohl der irischen Wähler schmecken zu lassen.⁶

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbató.

1 Salovaara, Jukka, Mitarbeiterin beim Auswärtigen Ausschuss, Interview am 17.1.2008.

2 Aho, Esko. YLE Aamu TV, 18.10.2008 um 7 Uhr 18.

3 „Vanhanen: Tästä tulee nyt pääänvaivaa“, Helsingin Sanomat, 14. Juni 2008 (S. B1).

4 „Stubb: Irlannille etsitään luova ratkaisu“, Helsingin Sanomat, 14. Juni 2008 (S. B1).

5 „Rehn: EU:lla kyky selviytyä takaiskuista“, Helsingin Sanomat 14. Juni 2008 (S. B1).

6 „Soini korkkasi tölkin irlantilaisolutta“, Helsingin Sanomat, 14. Juni 2008 (S. B1).

Ein umfassendes Optionsbündel wurde von Außenminister Alexander Stubb vorgelegt, der fünf Reaktionsmöglichkeiten auf das Ergebnis des irischen Referendums präsentierte. Die ersten vier Optionen seiner Liste befand er für unrealistisch: Die erste Option wäre es, auf den Vertrag von Lissabon zu verzichten und auf der Basis des Vertrags von Nizza weiter zu machen. Die zweite Option läge im Abhalten eines zweiten Referendums in Irland. Dies würde jedoch der Bedeutung der demokratischen Verfahren in Irland nicht gerecht werden. Die dritte Option liefe auf eine Neuverhandlung des Vertrags von Lissabon hinaus, was viel Arbeit mit ungewissem Ausgang bedeuten würde. Die vierte Option wäre die vertiefte Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten in bestimmten Kompetenzbereichen. Dies würde jedoch im Endeffekt auf eine Desintegration der EU hinauslaufen. Stubbles letzte Option wäre es, die Sache nicht zu tragisch zu nehmen und eine kreative, gemeinsame europäische Lösung zu finden.⁷ Diese könnte Ausnahmeregelungen und Zusatzerklärungen beinhalten.⁸

Die Erwartung Finnlands während der französischen Präsidentschaft ist eine dreifache: 1. Finnland ist an der Weiterentwicklung der ESVP und dem Ausbau ihrer Kapazitäten interessiert. 2. Die Bedeutung des Lissabon-Prozesses wird betont. 3. Für Finnland spielen die Beziehungen zwischen der EU und Russland eine wichtige Rolle. Die Erwartungen sind hier hoch, da die beiden stark auf den Präsidenten ausgerichteten politischen Systeme Frankreichs und Russlands jeweils ein neues Staatsoberhaupt bekommen haben. Zusätzlich sollte das Paket zu Energie- und Klimafragen fast geschnürt sein, wenn zu Beginn von 2009 die Vorbereitungen zu den Europawahlen anlaufen.⁹

Verglichen mit 66 Prozent im Durchschnitt der EU-27, sehen 60 Prozent der Finnen laut Eurobarometer optimistisch in die Zukunft der EU.¹⁰ Laut EVA (dem finnischen Wirtschafts- und Politikforum)¹¹ hat die Zahl der EU-Gegner einen Höhepunkt erreicht: 36 Prozent hegen eine positive Meinung zur EU-Mitgliedschaft, 35 Prozent bewerten die EU-Mitgliedschaft negativ, 27 Prozent nehmen eine neutrale Haltung zur EU-Mitgliedschaft Finnlands ein. Diese Umfragen wurden seit dem Beitritt Finnlands 1995 erhoben. Die Zahl der Europagegner ist seit drei Jahren kontinuierlich gestiegen und hat jetzt einen Höhepunkt erreicht. Die Zahl der Finnen, die einen Austritt aus der EU befürworten, ist in den letzten beiden Jahren um 10 Prozent gestiegen. Damit wollen gegenwärtig 29 Prozent der Finnen den Austritt Finnlands aus der EU. Gleichzeitig ist die Zahl derer gestiegen, die den Austritt aus der Union ablehnen. Sie liegt jetzt bei 49 Prozent. Aus diesen Zahlen lässt sich folgern, dass manche zwar gegen die EU opponieren, nicht aber den Austritt Finnlands aus der EU möchten.

Die Gründe für die negative Haltung können mit kurz- und langfristigen Trends erklärt werden. Kurzfristig sind aktuelle Querelen der finnischen EU-Politik ausschlaggebend für das Ansteigen der Zahlen im Lager der EU-Gegner, beispielsweise der angesprochene Disput um den Artikel 141 des finnischen Beitrittvertrags zu den Agrarsubventionen. Langfristig haben sich zwei Hauptfaktoren bemerkbar gemacht. Zum einen das Kleinklein der europäischen „Regulierungswut“ mit ihrer Produktion von Normen und Vorschriften, „die

7 „Viisi tietä eteenpäin“, Helsingin Sanomat 24. Juni 2008.

8 Sitzung nach dem Europäischen Rat, Parlament Finnlands, 23. Juni 2008.

9 Vertrauliches Interview mit einem Beamten des finnischen EU-Sekretariats.

10 Standard Eurobarometer 68, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_fi_exec.pdf.

11 Ilkka Haavisto ja Pentti Kiljunen „Kenen joukoissa seisot?“, EVA:n Suomi, EU ja maailma -asennetutkimus 2008, http://www.eva.fi/files/2166_kenen_joukoissa_seisot.pdf. 29. Februar 2008.

wir nicht brauchen, denen wir aber unterworfen sind.“ Ein typisches Beispiel hierfür ist die bekannte Gurkenrichtlinie. Diese Art Richtlinien erhält auch die größte Medienaufmerksamkeit. 79 Prozent der Finnen kritisieren die Anzahl solcher Richtlinien. Der Ärger darüber steigt kontinuierlich seit 1992 (die Frage wurde während der 1996 bis 2003 nicht gestellt). Zum anderen schlägt als zweiter Hauptfaktor das Finanzthema zu Buche: „Wie viel Geld bekommt Finnland von seinen Mitgliedsgebühren zurück?“, lautet hier die Frage. Nach der Erweiterung von 2004 zählt Finnland zu den dauerhaften Nettozahlern des EU-Budget. Seit 2000 ist die Kritik daran kontinuierlich gestiegen. Zur Zeit sehen zwei Drittel der Finnen den Mitgliedsbeitrag als zu hoch an.

Erweiterung und Kosovo

Die Erweiterung zählt zu den zentralen Zielen der finnischen EU-Politik und so hat Finnland den Erweiterungsprozess konstant unterstützt.¹² Nach Ansicht Finnlands besteht kein Anlass, die Erweiterungspolitik der Union neu zu diskutieren. Finnland nimmt in der Frage der Erweiterung zusätzlich eine Sonderstellung ein, da es den Erweiterungskommissar stellt. Darauf ist wohl auch tatsächlich das erhöhte Maß finnischer Berichterstattung im Vergleich zu anderen Ländern zurückzuführen. Kommissar Rehns Worte über die positiven Auswirkungen des Erweiterungsprozesses auf Stabilität, Wohlstand und Frieden sind wiederholt in den finnischen Medien zu hören gewesen.¹³ Darüber hinaus ist Kommissar Olli Rehn eine weitgeschätzte Persönlichkeit in Finnland, die sich großer Popularität erfreut.

Laut Eurobarometer sind 59 Prozent der Finnen gegen eine zukünftige Fortsetzung der Erweiterung der Europäischen Union um andere Länder, während dies 41 Prozent befürworten. Im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der EU-27 scheint das finnische Volk der Erweiterung grundsätzlich skeptischer gegenüber zu stehen. In der EU-27 sagen 49 Prozent der Befragten, dass sie gegen eine Fortsetzung der Erweiterung sind.¹⁴ Das mag an der Tatsache liegen, dass in den ersten zehn Jahren Finnland ein „Gleichgewicht“ bei den Zahlungen und Einnahmen des EU-Haushalts halten konnte: „Wir haben kein Geld erhalten und keines ausgegeben!“, hieß die Parole. Diese Position Finnlands innerhalb des finanziellen Rankings der EU hat sich während der EU-Mitgliedschaft verändert. Als Finnland der Union beitrug waren nur drei der fünfzehn Mitglieder ärmer als Finnland. Heute sind 18 von 27 Mitglieder ärmer als Finnland.¹⁵

Die Zukunft des Kosovo ist in Finnland sehr aufmerksam verfolgt worden, auch weil der frühere finnische Präsident Martti Ahtisaari seit November 2005 als Sondergesandter für das Kosovo in Erscheinung getreten ist. Finnland ist grundsätzlich bekannt für sein Eintreten für ziviles Krisenmanagement und Friedensmissionen. Darüber hinaus spielte der finnische Kommissar für Erweiterung, Olli Rehn, eine herausgehobene Rolle in der Unterstützung des Wegs des Kosovo in die EU. Schließlich bedeutet die Entscheidung, 1.000

12 Vgl. Website des Außenministeriums, <http://formin.finland.fi/public/default.aspx?nodeid=15624&contentlan=1&culture=fi-FI>.

13 Rehn, Olli, Erweiterungskommissar, Rede am 15.11.2007, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/724&format=HTML&aged=0&language=FI&guiLanguage=en>.

14 Standard Eurobarometer 67, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_en.htm und http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_en.pdf.

15 Kiviniemi, Mari, Minister für Öffentliche Verwaltung und Kommunale Selbstverwaltung, Rede vom 5.11.2007, http://www.vm.fi/vm/fi/03_tiedotteet_ja_puheet/02_puheet/20071105Hallin/name.jsp.

OSZE-Beobachter im Kosovo zu belassen, für die diesjährige finnische OSZE-Präsidentschaft mehr Arbeit. Diese Mehrarbeit resultiert aus der Forderung Russlands und Serbiens, die Mission immer nur für einen Monat zu verlängern. Mit anderen Worten muss Finnland Russland und Serbien einmal pro Monat zur Fortsetzung der Mission überreden. Die OSZE-Mission spielt keine so große Rolle wie die von der NATO geführten Krisenreaktionskräfte oder die Zivilverwaltung, die gerade aus den Händen der UNO in die der EU überführt wird. Doch die OSZE ist zusammen mit der UNO das einzige Forum, bei dem Russland und der Westen auf derselben Seite des Tisches sitzen.¹⁶ Die Glaubwürdigkeit der ESVP hängt sehr stark von der Entwicklung im Kosovo ab und so könnte das Kosovo zum Stolperstein der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden.¹⁷ In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Finnland sich nur dann an der KFOR-Operation, dem zivilen Krisenmanagement der EU und natürlich auch am Knüpfen bilateraler Beziehungen zum Kosovo beteiligen kann, wenn es dessen Unabhängigkeit anerkennt. Wenn die EU-Mission beginnt, wird die Entsendung einer 60 bis 70 Mann starken Truppe durch Finnland erwartet.¹⁸ Im Moment hat Finnland im Kosovo 450 Mann im Peace-keeping-Einsatz.¹⁹

Die vielfältigen Nachbarschaftspolitiken der Union

Die finnische Linie gegenüber den diversen Nachbarschaften der Union vertritt das Prinzip der Gleichrangigkeit: Die Bedeutung jeder dieser diversen Nachbarschaften ist breit anerkannt und es wird betont, dass jeder zu seinem Recht kommen muss. Finnisches Interesse ist es demnach, die gesamte Union auf diese Linie der Gleichrangigkeit einzustimmen und das Entstehen fragmentierter Nachbarschaftspolitiken zu verhindern.

Der schwedische und polnische Vorschlag zur „Östlichen Dimension“ ist in Finnland ebenfalls aufgegriffen worden. Der schwedische Ministerpräsident bemerkte, dass die Stärkung der Östlichen Dimension wichtig für den Demokratisierungsprozess der betroffenen Länder sei. Der finnische Außenminister kommentierte, dass dieses neue Ostprojekt nicht die Nördliche Dimension bedrohen würde, die wichtig sei, um die Ostsee zu schützen.²⁰ Finnland glaubt, dass die Nördliche Dimension eine Annäherung Russlands und der Union bewirken könnte. Angestrebt wurden konkrete Kooperationsprojekte. Während der zweiten finnischen Präsidentschaft wurde die gleichrangige Partnerschaft zwischen Norwegen, Island, der EU und Russland gestärkt. Die Zusammenarbeit fand vor allem im Bereich der Sicherheits- und der Innen- und Justizpolitik statt, aber auch die Umweltpolitik war immer ein Schlüsselthema.²¹ Die neue Nördliche Dimension ist deswegen eine einmalige Form der Zusammenarbeit zwischen der EU, Russland, Norwegen und Island und ermöglicht die Vertiefung einer Reihe konkreter Aktivitäten.²² Letzten Herbst hatte Finnland den Vorsitz des Nördlichen Ministerrats inne und betonte dabei die neue Nördliche Dimension, von der nach zwei ruhigen Jahren erwartet wird, dass sie sich zu einer Erfolgsgeschichte ent-

16 Helsingin Sanomat, 29.12.2007.

17 Tamminen, Tanja, Email vom 24.1.2008.

18 Kinnunen, Mikko, Direktor, Ziviles Krisenmanagement im Außenministerium, Gespräch am 25.1.2008.

19 Helsingin Sanomat, 11.1.2008.

20 Ruotsi ja Puola: EU katsokoon itään, Helsingin Sanomat, 27.5.2008.

21 EU piirtää ulkorajoilleen „ulottuvuuksia“ ja „unioneita“, Helsingin Sanomat, 29.5.2008.

22 Väyrynen, Paavo, Minister für Außenhandel und Entwicklung, Rede am 13.9.2007, <http://formin.finland.fi/public/default.aspx?contentid=100567&nodeid=15149&contentlan=2&culture=en-US>.

wickelt.²³ Die neue Nördliche Dimension fördert den Pragmatismus, bindet die Wirtschaft stärker ein und ist bereit, die gleichrangige Partnerschaft zwischen Norwegen, Island, der EU und Russland weiter voranzubringen. Ein damit verbundenes interessantes Projekt ist das Institut der Nördlichen Dimension.²⁴ Viele Erwartungen richten sich in dieser Hinsicht auf die schwedische Präsidentschaft 2009.

Das wichtigste Thema, das unter französischer Präsidentschaft diskutiert wird, ist Nicolas Sarkozys Idee einer Mittelmeerunion. In den finnischen Medien wurde dies als gefährlicher Eingriff in das Gesamtkonzept der Nachbarschaftspolitik kritisiert.²⁵ Führende finnische Politiker waren jedoch darum bemüht, keine offene Kritik an dieser Idee zu üben. Finnland unterstützt weiter die Entwicklung der euro-mediterranen Beziehungen. Die Sprachregelung der Europäischen Union zum Barcelona-Prozess und der Mittelmeerunion liegt auf einer Linie mit der finnischen Position, besonders da keine zusätzlichen Mittel für das Projekt freigemacht werden. Finnland möchte das Sekretariat in Brüssel sehen, während die Kommission lediglich davon spricht, dass der Ort einvernehmlich beschlossen werden muss.²⁶ Darüber hinaus sieht Finnland konkrete Projekte als den Schlüssel zum Erfolg der Initiative an. Traditionell engagiert sich Finnland vor allem im Umweltsektor.²⁷

Die Europäische Nachbarschaftspolitik scheint in Finnland etwas vom Bildschirm zu verschwinden.²⁸ Einer der Gründe, die für Finnlands Zurückhaltung gegenüber der Nachbarschaftspolitik genannt werden, sind die Sensibilitäten Russlands zu Ländern, die in die Nachbarschaftspolitik eingebunden sind. Für Finnland ist die Ukraine eines der Schlüsselländer der Nachbarschaftspolitik. Finnland sieht einen möglichen Beitritt der Ukraine zur EU optimistischer als andere EU-Mitgliedstaaten.

Von besonderem Interesse für Finnland sind die Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland, die Ende Juni im sibirischen Khanti-Mansiisk stattfanden. Finnland möchte ein breites Themenspektrum in das Abkommen integrieren. Der frühere Ministerpräsident Paavo Lipponen schrieb im führenden Magazin *Suomen Kuvalehti*, wie sehr einem kleinen Mitgliedstaat daran gelegen sein muss, eine Entwicklung hin zu vorrangig bilateralen Beziehungen zwischen einigen zentralen großen Mitgliedstaaten der EU und Russland zu verhindern. Es ist für ihn offensichtlich, dass bei solch einer Entwicklung Finnland und andere kleine Mitgliedstaaten, wie beispielsweise die baltischen Länder, schnell auf der Verliererseite stehen würden und sich immer wieder vollendeten Tatsachen abfinden müssten, die anderswo beschlossen werden würden.²⁹

Die sicherheitspolitische Dimension: ESVP, NATO und OSZE

Ein weiteres Thema war die mögliche finnische NATO-Mitgliedschaft. Die finnische Präsidentin Tarja Halonen kritisierte, dass viele die Vorteile der Bündnisfreiheit vergessen hätten.³⁰ Jedoch gibt es viele einflussreiche Politiker, die sich für die Mitgliedschaft einsetzen.

23 Ministerpräsident Matti Vanhanen, Leikartikel in *Helsingin Sanomat* am 29.10.2007.

24 Expertenseminar: Die Nördliche Dimension: Regionale Kooperation, Wirtschaft und Energie, 17.1.2008.

25 „Välimeren unioni vesittyi – onneksi“, *Helsingin Sanomat*, 20. März 2008 (p. A2).

26 http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/com08_319_en.pdf.

27 Persönliches Interview mit einem finnischen Diplomaten des Außenministeriums.

28 Moshes, Arkady, Email vom 21.1.2008.

29 Paavo Lipponen, „Valva Venäjä, heikot kumppanit“, *Suomen Kuvalehti* 15/2008.

30 *Suomen Kuvalehti*, 22.11.2007.

Der frühere Präsident Martti Ahtisaari ist der bekannteste unter ihnen. Im September 2007 hielt der Verteidigungsminister Jyri Häkämies eine Rede in den USA, in der er eindringlich feststellte, dass Russland die größte Sicherheitsbedrohung für Finnland darstellt: „Aus der geographischen Lage ergeben sich drei Sicherheits Herausforderungen für Finnland: Russland, Russland, Russland.“³¹ Dieser Rede wurde natürlich von den Oppositionsparteien widersprochen, während sie jedoch öffentliche Anerkennung wegen ihres pragmatischen Ansatzes erhielt. Drei Berichte zur finnischen Verteidigungspolitik wurden im Herbst vorgelegt – vom Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten, vom Finnischen Atlantikrat und vom Außenministerium –, die der Diskussion weiteren Auftrieb gaben. Die breiteste Debatte lösten die EU-Beistandsverpflichtungen aus. Beispielsweise behauptete Oppositionsführer Heinäluoma, dass die Formulierungen des Vertrags von Lissabon bindender seien als der Artikel 5 des NATO-Vertrags, da dieser jedem Mitglied freistellt, welche Art der Unterstützung es zu geben bereit sei, während laut Vertrag von Lissabon die Mitgliedstaaten alle verfügbaren Mittel einem angegriffenen EU-Land zur Verfügung stellen müssten.³² Der Bericht zu den EU-Beistandsverpflichtungen aus der Feder von Staatssekretär Teija Tiilikainen³³ wurde im April vorgelegt und ihm gelang es, die Wogen der öffentlichen Debatte etwas zu glätten. Im selben Monat warnte der Russische Botschafter bei der NATO Finnland vor einem Beitritt, der das nördliche Europa militarisieren würde.³⁴ Das nächste Weißbuch der finnischen Regierung zur Sicherheit und Verteidigung erscheint im Herbst 2008.³⁵ Man wird sehen, welche Stimmen sich dort wiederfinden.

Finnland hat 2008 die OSZE-Präsidentschaft inne. Es gab in den Medien Spekulationen über die sich komplizierenden Beziehungen zu Russland. Finnland tat einigen Ländern leid, in so schwierigen Zeiten diese Präsidentschaft übernehmen zu müssen. Andere Länder waren optimistischer und glaubten, dass Finnland die Präsidentschaft wegen der langen Erfahrungen mit Russland gut ausfüllen kann.³⁶ Während der Eröffnungsveranstaltung der OSZE-Präsidentschaft im Januar gab der frühere Außenminister Kanerva die Agenda bekannt: Sie beinhaltete einen kontinuierlichen Dialog zum KSE-Vertrag, die OSZE-Präsenz im Kosovo und die Wahlbeobachtung. Zu den Prioritäten des finnischen Vorsitzes gab Minister Kanerva Aufgaben in allen drei Körben der OSZE zu Protokoll: „1. Konfliktprävention und Krisenmanagement, insbesondere die Verbesserung der Grenzregime in Zentralasien; 2. Zusammenarbeit im Bereich Seewege und Binnenwasserstraßen; 3. Kampf gegen Menschenhandel und Vorgehen gegen Intoleranz und Diskriminierung.“³⁷

Weiterführende Literatur

Brummer, Klaus (Hrsg.): *The North and ESDP: The Baltic States, Denmark, Finland and Sweden*, Gütersloh 2007.

Galbreath, David: *New Security Issues in Northern Europe: The Nordic and Baltic States and the ESDP*, *Journal of Common Market Studies*, 3/2008, S. 716-716.

31 Häkämies, Jyri, Verteidigungsminister, Rede am 6.9.2007, http://www.defmin.fi/index.phtml?663_m=3335&l=en&s=270

32 Helsingin Sanomat, Artikel, 17.12.2007.

33 Der Bericht findet sich unter: <http://formin.finland.fi/public/download.aspx?ID=31019&GUID=...>

34 „Nato-jäsenyys on väärä polku“, *Suomen Kuvalehti* 4.4.2008. S. 12.

35 „Venäjä ei halua Natoa iholle“, *Suomen Kuvalehti*, 6.6.2008. S. 16-17.

36 *Suomen Kuvalehti*, Artikel S. 12-13, 4.1.2008.

37 Kanerva, Ilkka, Außenministerium, Seminar 14.1.2008, http://www.upi-fiia.fi/fin/tilaisuudet/tilaisuudet_2008/osce_identifying_the_cutting_edge/#.